

Protokollauszug

aus der 85. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 29.11.2018

öffentlich

Top 4.5 Inklusion im Sport fördern 18/SVV/0351 geändert beschlossen

Frau Armbruster bringt den Antrag ein, der in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in den **Hauptausschuss zur Erledigung** überwiesen wurde. Sie betont, dass die Unstimmigkeiten in der Fraktion geklärt wurden und der Antrag in der ursprünglichen Fassung, der auch der Ausschuss für Bildung und Sport gefolgt ist, zur Abstimmung gestellt werden soll.

Herr Finken bringt anschließend namens seiner Fraktion folgenden Änderungsantrag ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zunächst zu prüfen, ob und wie dem Anliegen des Antrags durch eine Optimierung der vorhandenen Organisation sowohl im Aufbau als auch im Ablauf entsprochen werden kann. Das Ergebnis ist dem Hauptausschuss bis April 2019 vorzustellen.

Dann weiter mit den Punkten 1 − 3 des Antrags.

Frau Eisenblätter betont, dass sich der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion ebenfalls mit dem Antrag befasst habe und empfehle, dem Punkt 3 zuzustimmen und die Punkte 1 und 2 zu streichen.

Herr Richter, Beauftragter für Menschen mit Behinderung, verweist darauf, dass der Antrag ein Ergebnis seines jährlichen Reports sei. Eine erste Veranstaltung zur Bearbeitung des Themas habe bereits stattgefunden und den Antrag halte er für wichtig, da der Handlungsbedarf immer noch bestehe.

Frau Armbruster plädiert für eine Beschlussfassung der Punkte 1 bis 3 des Antrages. Dem entgegnet Frau Schulze, dass die Punkte 1 und 2 auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion gestrichen worden seien, denn das Netzwerk sei bereits im Entstehen.

Eventuell, so der Oberbürgermeister, könne der Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW eine mögliche Zwischenlösung sein. Im weiteren Verlauf der kontroversen Diskussion stellt Frau Eisenblätter folgenden Änderungsantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die folgenden Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, wie im Report für 2018 dargestellt, umgesetzt werden können:

Dann weiter mit den Punkten 1 – 3 des Antrags

Frau Hüneke erklärt, dass ihre Fraktion diese Änderungen übernehme. Herr Finken erklärt sich ebenfalls mit der neuen Formulierung einverstanden und zieht den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zurück.

Anschließend wird die von Frau Eisenblätter vorgeschlagene Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die folgenden Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, wie im Report für 2018 dargestellt, umgesetzt werden können:

- Benennen einer zentralen Ansprechperson, die Informationen über Sportangebote für Menschen mit Behinderung bündelt und zur Verfügung stellt. Diese Person sollte Gleichgesinnte zusammenbringen, um auch neue Angebote in Absprache mit den Potsdamer Vereinen zu schaffen. Des Weiteren hilft sie bei der Organisation von Belegungszeiten in den Potsdamer Sportstätten.
- 2. Gründung Netzwerk inklusiver Sport. Die zentrale Ansprechperson fungiert als Initiator zur Schaffung von Netzwerken zwischen Schulen, Vereinen, Selbsthilfeverbänden, Einrichtungen der Behindertenhilfe und weiteren Institutionen. Die Ansprechperson steigert den Informationsfluss und fördert die Schaffung von Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit. Die Ansprechperson vermittelt auch als Moderator zwischen den Instanzen. Dies ist vor allem wichtig, um kleinere Vereine zu einer Öffnung zu inklusiven Strukturen zu ermutigen und zu vernetzen sowie um einen festen Ansprechpartner im kommunalorganisierten Sportsystem zu bieten.
- 3. Ausbau barrierefreier Sportstätten und Aufbau eines barrierefreien Informationsportals, indem sich online die entsprechenden Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung wiederfinden.



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

BESCHLUSS

der 85. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 29.11.2018

Inklusion im Sport fördern Vorlage: 18/SVV/0351

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die folgenden Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, wie im Report für 2018 dargestellt, umgesetzt werden können:

- 1. Benennen einer zentralen Ansprechperson, die Informationen über Sportangebote für Menschen mit Behinderung bündelt und zur Verfügung stellt. Diese Person sollte Gleichgesinnte zusammenbringen, um auch neue Angebote in Absprache mit den Potsdamer Vereinen zu schaffen. Des Weiteren hilft sie bei der Organisation von Belegungszeiten in den Potsdamer Sportstätten.
- 2. Gründung Netzwerk inklusiver Sport. Die zentrale Ansprechperson fungiert als Initiator zur Schaffung von Netzwerken zwischen Schulen, Vereinen, Selbsthilfeverbänden, Einrichtungen der Behindertenhilfe und weiteren Institutionen. Die Ansprechperson steigert den Informationsfluss und fördert die Schaffung von Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit. Die Ansprechperson vermittelt auch als Moderator zwischen den Instanzen. Dies ist vor allem wichtig, um kleinere Vereine zu einer Öffnung zu inklusiven Strukturen zu ermutigen und zu vernetzen sowie um einen festen Ansprechpartner im kommunalorganisierten Sportsystem zu bieten.
- 3. Ausbau barrierefreier Sportstätten und Aufbau eines barrierefreien Informationsportals, indem sich online die entsprechenden Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung wiederfinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seiten beigefügt.

Potsdam, den 04. Dezember 2018

Ziegenbein Leiterin des Büros

Stempel